

**Redebeitrag von Ursula Quack und Tobias Schunk im Namen des Saarländischen Flüchtlingsrates**

**Kundgebung im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen Abschiebungen nach Afghanistan, Saarbrücken, 5. Juni 2021**



Liebe Freundinnen und Freunde,

zuerst einmal möchten wir uns im Namen des Saarländischen Flüchtlingsrates bei Seebrücke Saar für die Initiative zu dieser Kundgebung bedanken. Wir freuen uns, dass wir heute im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen Abschiebungen nach Afghanistan sprechen können.

Der Saarländische Flüchtlingsrat lehnt Abschiebungen grundsätzlich ab:

Sie sind unmenschlich.  
Sie sind traumatisierend.  
Sie zerstören Existenzen.  
Sie reißen Menschen aus ihren Lebenszusammenhängen.

Deswegen sagen wir: Wer hier ist, soll bleiben dürfen.

Denn jeder Mensch hat das Recht und die Freiheit, sich dem ökonomischen Elend, dem Wahnsinn des Krieges oder der sozialen Perspektivlosigkeit zu entziehen. Und es ist das Recht und die Freiheit eines jeden Menschen über seinen Lebensweg selbst zu entscheiden. Abschottung und Abschiebungen lösen keine Probleme, schaffen aber neue, in dem sie nicht an den Fluchtursachen ansetzen, sondern diejenigen ins Visier nehmen, die flüchten mussten.

Auch deshalb sind wir gegen Abschiebungen - weil wir gegen das Sortieren von Menschen sind. Weil wir die staatlichen Kategorien von „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive für Irrsinn halten. Wer fliehen muss, hat dafür immer ernstzunehmende Gründe: Niemand flieht freiwillig.

Und wir sind gegen Abschiebungen - weil wir das Sortieren nach wirtschaftlichen Verwertungskriterien ablehnen. In der Logik der Standortpolitik soll nur bleiben dürfen, wer nützlich ist. Da machen wir nicht mit. Das lehnen wir ab. Denn: Asyl ist Menschenrecht.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
nirgendwo kommt der Wahnsinn deutscher Abschiebepolitik so auf den Punkt wie bei den Abschiebeflügen nach Afghanistan. Auch das Saarland hat sich in der Vergangenheit unregelmäßig an diesen Abschiebeflügen beteiligt. Insgesamt wissen wir von sieben Menschen, die seit Beginn der Abschiebeflüge im Dezember 2016 aus dem Saarland nach Afghanistan abgeschoben wurden.

In ein Land also, das vollkommen von Krieg und islamistischem Terror zerrüttet ist. Staatliche Strukturen sind dort Fehlanzeige. Demokratie gibt es dort nicht. Man muss entweder sturzbetrunken oder vollkommen vom Abschiebewahn befallen sein, um zu glauben, dass dieses Land sicher ist. Aber es geht ja nicht um Fakten, sondern um die permanente Botschaft „raus hier!“ Es geht um diesen Extremismus der Mitte, der die zynische Abschiebepolitik mit der Botschaft von Recht und Ordnung und vom handlungsfähigen Rechtsstaat verknüpft.

Deswegen der wiederkehrende Hinweis in der Öffentlichkeit auf „Gefährder und Straftäter“. Das

soll vor allem rechtfertigen, was aus menschenrechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen ist. So schrieb uns die Innenausschuss-Vorsitzende des saarländischen Landtags Petra Berg im Juli 2019 im Namen der SPD-Landtagsfraktion Folgendes: (ZITAT) „In Anbetracht dessen, dass seit 2018 theoretisch alle vollziehbar ausreisepflichtigen Afghanen in ihr Heimatland abgeschoben werden könnten, halten wir die derzeitige Praxis im Saarland, dass vor allem Straftäter abgeschoben werden, für angemessen.“ (ZITATENDE).

Die saarländische SPD hält die bisherige Praxis also für angemessen. Wir meinen: Die bisherige Praxis muss beendet werden. Sofort. Es braucht einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan. Ohne Ausnahmen.

Und mit unserer Forderung nach einem generellen Abschiebestopp nach Afghanistan sind wir nicht alleine: Zum einen finden heute bundesweit Kundgebungen mit dieser Forderung statt und auch zahlreiche gesellschaftliche Akteure wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften setzen sich ebenfalls seit Jahren hierfür ein.

Um es klar zu sagen: Doppelbestrafungen und „Entsorgung“ problematischer Zeitgenossen durch Abschiebungen in Krieg, Terror und Folter lehnen wir ab.

Tatsache ist: Viele der bisher abgeschobenen Afghanen waren keine Straftäter. Hinzu kommt, dass der Begriff „Straftäter“ im allgemeinen Sprachgebrauch oft mit Mord, Vergewaltigung oder schwerer Körperverletzung assoziiert wird. Doch unter den Abgeschobenen waren tatsächlich nur sehr wenige Kapitalverbrecher. Konsequenzen hat diese spezifisch deutsche Diskussion trotzdem. Den Abgeschobenen wird in Afghanistan mit großem Misstrauen bis hin zur sozialen Ächtung begegnet: „Vorsicht! Das sind Kriminelle.“

Wir wehren uns auch dagegen, dass Islamismus und islamistische Verbrechen für eine harte Abschiebepolitik instrumentalisiert werden. Islamismus kann man nicht durch Abschiebungen bekämpfen. Islamismus muss genauso wie Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft bekämpft werden.

Und es muss Schluss sein mit der staatlichen Doppelmoral bei diesem Thema. Zum Beispiel arbeitet die Bundesregierung aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen mit dem Islamisten und Kriegstreiber Erdogan zusammen. Der ist bekanntermaßen ein wirklicher Gefährder der ganzen Region. Doppelmoral ist gleichfalls, wenn die saarländische Landesregierung 2019 auf dem Türkei-Tag in Saarbrücken vor türkischen Islamisten und Grauen Wölfen ein Grußwort spricht.

Nein, es gibt keine sicherheitspolitische Notwendigkeit, nach Afghanistan abzuschieben. Es gibt auch keine rechtliche Notwendigkeit nach Afghanistan abzuschieben. Die Entscheidung nach Afghanistan abzuschieben ist ausschließlich eine politische Entscheidung. Sie ist zynisch und inhuman. Verantwortlich dafür ist die Innenministerkonferenz. Sie könnte jederzeit einen generellen Abschiebestopp verhängen. Genauso könnte jedes Bundesland in seinem Zuständigkeitsbereich einen Abschiebestopp verhängen. Auch das Saarland. All das wäre machbar. Aber dafür braucht es deutlich mehr politischen Druck als bisher. Deswegen sind wir heute auf der Straße.

**Deswegen setzen wir uns weiterhin ein:**

- für einen sofortigen und absoluten Abschiebestopp nach Afghanistan
- und für ein Bleiberecht für alle afghanischen Geflüchteten, die bereits in Deutschland sind.